



Kleine Anfrage

der Abg. Frankenberger (SPD) vom 19.12.2012

**betreffend geplante Streichungen von
Schieneninfrastrukturprojekten in Hessen**

und

Antwort

des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung des Fragestellers:

In der Ausgabe des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" vom 17. Dezember 2012 wird berichtet, dass die Deutsche Bahn AG wegen Kostensteigerungen beim Bahnhofprojekt Stuttgart 21 andere, bereits geplante Projekte im Bereich der Schieneninfrastruktur nicht mehr finanzieren wird. Von diesen Streichungen sollen auch geplante hessische Projekte betroffen sein.

Vorbemerkung des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Die Landesregierung hat den angesprochenen Artikel zur Kenntnis genommen und hält ihn im Einvernehmen mit der DB AG für reine Spekulation und damit nicht zutreffend. Es gibt keinen belastbaren, direkten Zusammenhang zwischen den erheblichen Kostensteigerungen beim Projekt "Stuttgart 21", die von der DB AG aus Eigenmitteln zu finanzieren sind, und der völlig unsystematischen Liste von angeblich dadurch gefährdeten Eisenbahnprojekten des Nah- und Fernverkehrs. Für diese gibt es jeweils eigenständige, aus Sicht der DB AG "externe" Finanzierungskonzepte (Bundesschienenwegeausbaugesetz, GVFG-Bundesprogramm, Entflechtungsgesetz, Hessisches Finanzausgleichsgesetz, kommunale Mittel), die die investiven Eigenmittel der DB nicht oder nur in geringerem Umfang belasten.

Gleichwohl sieht die Landesregierung durch die außerordentlichen Kostensteigerungen bei "Stuttgart 21" und die dadurch verstärkte Anspannung der Ertragskraft insbesondere der DB Netz AG die Gefahr, dass indirekt alle Infrastrukturinvestitionen des nach Artikel 87e Abs.4 GG zuständigen Bundes und der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes beeinträchtigt oder mindestens gehemmt werden.

Unabhängig davon hält die Landesregierung engsten Kontakt mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Deutschen Bahn AG, um die gesetzlichen und finanziellen Randbedingungen des Aus- und Neubaus der Eisenbahninfrastruktur allgemein und besonders in Hessen offensiv weiterzuentwickeln.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Ist der Landesregierung bekannt, dass es wegen Kostensteigerungen beim Bahnhofprojekt Stuttgart 21 zu Streichungen anderer Projekte im Bereich der Schieneninfrastruktur kommen soll?

Wenn ja, seit wann ist der Landesregierung bekannt, dass es diese Pläne bei der Deutschen Bahn AG gibt?

Der in der Vorbemerkung des Fragestellers genannte Artikel ist der Landesregierung bekannt. Auf die Vorbemerkung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wird verwiesen.

Frage 2. Welche hessischen Projekte werden nach den Plänen der Deutschen Bahn AG davon betroffen sein?

Auf die Vorbemerkung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wird verwiesen.

Frage 3. Ist der Landesregierung bekannt, wie die Bundesregierung die Pläne der Deutschen Bahn AG beurteilt?

Nein.

Frage 4. Wird die Landesregierung die angedachten Streichungen akzeptieren?
Wenn nein, welche Maßnahmen hat bzw. wird die Landesregierung ergreifen, um die geplanten Streichungen zu verhindern?

Auf die Vorbemerkung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wird verwiesen.

Wiesbaden, 30. Januar 2013

Florian Rentsch